

**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 16.10.2003**

Vorlage Nr. 03-F-06-0014

***Kürzungen von Landesmitteln im Sozialbereich  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 -***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag werden aufgefordert, die im neuen Ansatz zum Landes-Haushaltsplan 2004 vorgesehenen Kürzungen von Mitteln im Sozialbereich nicht vorzunehmen.

Die betroffenen sozialen Einrichtungen leisten – zum Teil unter Einbeziehung umfangreicher ehrenamtlicher Arbeitskraft – wertvolle, unverzichtbare soziale Aufgaben wie z.B. Erziehungsberatung, Mädchen- und Frauenarbeit, gewalt- und suchtpreventive Sozialarbeit, AIDS-Hilfe und –Prävention, Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten, Integrationsarbeit, Schuldnerberatungen, Familienbildung, berufliche Reintegration u.a.

Eine Kürzung von Landesmitteln für die betroffenen Einrichtungen und ihre Klientel ist sozial ungerecht und würde absehbar im Verhältnis zu den gekürzten Beträgen vielfach höhere Folgekosten auch für alle öffentlichen Haushalte verursachen.

---

**Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.10.2003**

Der 3. Absatz wird wie folgt geändert:

Die radikalen und einseitigen Einschnitte der Landesregierung im Sozialbereich wären auch in Wiesbaden mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt deshalb den breiten Protest von Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen gegen diesen Sozialabbau.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend mit den betroffenen Einrichtungen in Verbindung zu setzen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, damit wichtige soziale Strukturen in Wiesbaden nicht wegbrechen.

---

**Beschluss Nr. 0369**

Der Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 betr.

Kürzungen von Landesmitteln im Sozialbereich

einschließlich des übernommenen Änderungsantrages der SPD-Stadtverordnetenfraktion wird abgelehnt.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 10.2003

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .10.2003

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl  
Oberbürgermeister